Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Allgem. Verwaltung, Verwaltungssteuerung		Drucksachen-Nr. 587/2002
		☒ Öffentlich
		☐ Nicht öffentlich
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Rat	10.10.2002	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Genehmigung von Niederschriften den vergangenen Sitzungen
hier: Niederschrift über die Sitzung des Rates am 21.03.2003

Beschlussvorschlag:

Abweichend von der Protokollierung in der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 21.03.2002 wurde zu Tagesordnungspunkt A 28 „Veränderungen bei den freiwilligen Leistungen im Bereich der Vollzeitpflege“ einstimmig folgender Beschluss gefasst:

1. Die freiwilligen zusätzlichen Leistungen für Taschengeld und Bekleidungsbeihilfe werden ab dem 01.08.2002 nicht mehr gewährt.
2. Die Ergänzungsbeihilfe soll ab dem 01.08.2002 auf formlosen Antrag bis zur Höhe des zweifachen Pflegesatzes des Pflegegeldes der höchsten Altersstufe gewährt werden, jeweils wenn das Kind das 7. und das 14. Lebensjahr vollendet hat und bereits mindestens drei Jahre in dieser Pflegefamilie lebt.
3. Auf Grund der besonderen sozialpolitischen Bedeutung der freiwilligen Altersvorsorge wird diese weiterhin gewährt bis eine einheitliche landes- oder bundesgesetzliche Regelung getroffen ist.
4. Die übrigen freiwilligen Beihilfen (Tabelle 3 Ziffern 4, 5, 6, 8; Tabelle 4 Ziffern 1-5) werden in demselben Umfang wie bisher gewährt.

Sachdarstellung / Begründung

Dem Rat lag in seiner Sitzung am 21.03.2002 zu Tagesordnungspunkt A 28 „Veränderungen bei den freiwilligen Leistungen im Bereich der Vollzeitpflege“ (Drucksachen-Nr. 71/2002) folgender Beschlussvorschlag vor:

1. Die freiwilligen zusätzlichen Leistungen für Taschengeld und Bekleidungsbeihilfe werden ab dem 01.08.2002 nicht mehr gewährt.
2. Die Ergänzungsbeihilfe soll ab dem 01.08.2002 auf formlosen Antrag bis zur Höhe des zweifachen Pflegesatzes des Pflegegeldes der höchsten Altersstufe gewährt werden, jeweils wenn das Kind das 7. und das 14. Lebensjahr vollendet hat und bereits mindestens drei Jahre in dieser Pflegefamilie lebt.
3. Auf Grund der besonderen sozialpolitischen Bedeutung der freiwilligen Altersvorsorge wird diese weiterhin gewährt bis eine einheitliche landes- oder bundesgesetzliche Regelung getroffen ist.
4. Die übrigen freiwilligen Beihilfen (Tabelle 3 Ziffern 4, 5, 6, 8; Tabelle 4 Ziffern 1-5) werden in dem selben Umfang wie bisher gewährt.

Ausweislich der Tonbandaufzeichnung der Sitzung am 21.03.2002 hat die Bürgermeisterin über diesen Verwaltungsvorschlag abstimmen lassen.

In der Niederschrift wurde jedoch irrtümlich nur die Ziffer 1 und ein Teil der Ziffer 2 des Beschlussvorschlages protokolliert.

Da die Niederschrift nachträglich nicht mehr verändert werden kann, ist es aus formellen Gründen notwendig, den richtigen Beschluss in der heutigen Sitzung nochmals festzustellen und zu protokollieren.